



Antwort

des Ministerpräsidenten

auf die Kleine Anfrage

des Abg. Steffen (SPD)

Angriffe des Ministerpräsidenten gegen Journalisten

1. Ist die Landesregierung bereit, sich bei den Journalisten der „Hamburger Morgenpost“ öffentlich zu entschuldigen, denen von Ministerpräsident Dr. Stoltenberg in der Landtagsdebatte am 5. Dezember 1972 pauschal unterstellt wurde, „vor der Wahl kräftig bemüht“ gewesen zu sein, in der Auseinandersetzung des Ministerpräsidenten mit dem Lehrer Denzer der Öffentlichkeit „ein völlig verzeichnetes Bild zu geben“?

Nein. Die Landesregierung hielt es für ihre Pflicht, eine vor dem Landtag von dem Abgeordneten Klinke abgegebene völlig unzutreffende Darstellung über interne dienstliche Vorgänge unverzüglich richtig zu stellen. Die Ausführungen des Abgeordneten Klinke gingen offensichtlich auf Darstellungen zurück, wie sie unter anderem in dem zitierten Blatt zu finden waren. Dies war der Anlaß, auch die irreführenden Veröffentlichungen zu berichtigen.

2. Hat sich die Landesregierung bemüht, in Form von Leserbriefen oder Gegendarstellungen eine Korrektur in jenen Presseorganen zu erreichen, die ihrer Meinung nach ein „völlig verzeichnetes Bild“ über diese Auseinandersetzung veröffentlicht haben?

Wenn ja, in welchen Presseorganen; wenn nein, warum nicht?

Die Landesregierung hat aufgrund eines in der Ausgabe vom 17. November 1972 veröffentlichten Artikels der „Zeit“ ein Berichtigungsbegehren übersandt, das die unzutreffenden Ausführungen des Artikels in fünf Punkten richtigstellt:

1. Es ist unwahr, daß gegen den Studienassessor Denzer ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde.

Die Ermittlung ergab vielmehr, daß ein Disziplinarverfahren nicht eröffnet zu werden brauchte. Dies ist dem Lehrer schriftlich mitgeteilt worden. In einem pädagogischen Gespräch ist Denzer auf die Bedenklichkeit seiner Äußerungen hingewiesen worden, deren Mißverständlichkeit er selbst eingeräumt hat.

2. Es ist unwahr, daß der Schüler in seinem Aufsatz sinngemäß erklärt habe, „alle Soldaten“ seien „potentielle Mörder“.

Wahr ist vielmehr, daß der Schüler in seinem Aufsatz, der im ganzen die Bundeswehr positiv beurteilt, geschrieben hat: „Im Krieg wird ja bekanntlich viel gemordet“.

3. Es ist unwahr, daß der Lehrer in seiner Randbemerkung geschrieben hat, auch Sanitäter seien „mittelbar“ „potentielle Mörder“.

Seine Randbemerkung lautet, auf Sanitäter bezogen, vielmehr wörtlich: „Denn sie heilen die Soldaten, damit sie wieder morden können“.

4. Es ist unwahr, daß die Schulbehörde nach einer ersten Rücksprache erklärt habe, „die Sache“ sei „erledigt“.

Wahr ist vielmehr, daß das Landesschulamt nach diesem ersten Gespräch weitere Gespräche für notwendig hielt.

5. Es trifft nicht zu, daß der Lehrer fürchtet, auch seine nächsten Aufsätze würden „in Kiel zensiert“ werden.

Wahr ist vielmehr, daß Denzer ausdrücklich erklärt hat, er fürchte dies nicht.

Berichtende Leserbriefe, die sich mit einzelnen ungenauen Angaben in Artikeln und Leserbriefen befaßten, sind an die „Lübecker Nachrichten“ und das „Stormarner Tageblatt“ geschrieben worden.

3. Welche Pressionen hat ein Vater, der sich über einen Lehrer seines Sohnes beim Ministerpräsidenten beschwert, durch schleswig-holsteinische Journalisten nach der Kenntnis der Landesregierung zu erwarten? Unter welche Pressionen sind in der genannten Auseinandersetzung nach der Kenntnis der Landesregierung solche Väter „in gewissen Zeitungsartikeln“ oder „bei gewissen Journalistenbesuchen“ gesetzt worden? Von welchen Journalisten wurden Pressionen auf beschwerdeführende Väter ausgeübt?

Nach Ansicht des betroffenen Vaters ist die Form der Recherchen einzelner Journalisten in dieser Angelegenheit als bedrückend empfunden worden.

4. Ist es die Taktik der Landesregierung, kritische Darstellungen ihrer Politik als Fälschung und sozialdemokratische Wahlpropaganda und notwendige journalistische Recherchen als Pressionen auszugeben?

Nein. Nicht eine der Aussagen gibt Anlaß zu dieser Unterstellung. Die Landesregierung hat sich stets in Wort und Tat klar zur Pressefreiheit bekannt. Sie macht jedoch auch weiterhin von ihrem Recht Gebrauch, unzutreffende Angriffe und Berichte öffentlich richtigzustellen.

Dr. Stoltenberg